



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

ÖPNV-Finanzreform

Baustein der ÖPNV-Offensive

Winfried Hermann MdL
Verkehrsminister

Pressekonferenz | Stuttgart | 26. Juni 2017



Mobilität und Lebensqualität.
Für Stadt und Land. 

ÖPNV-Offensive – wichtige Bausteine

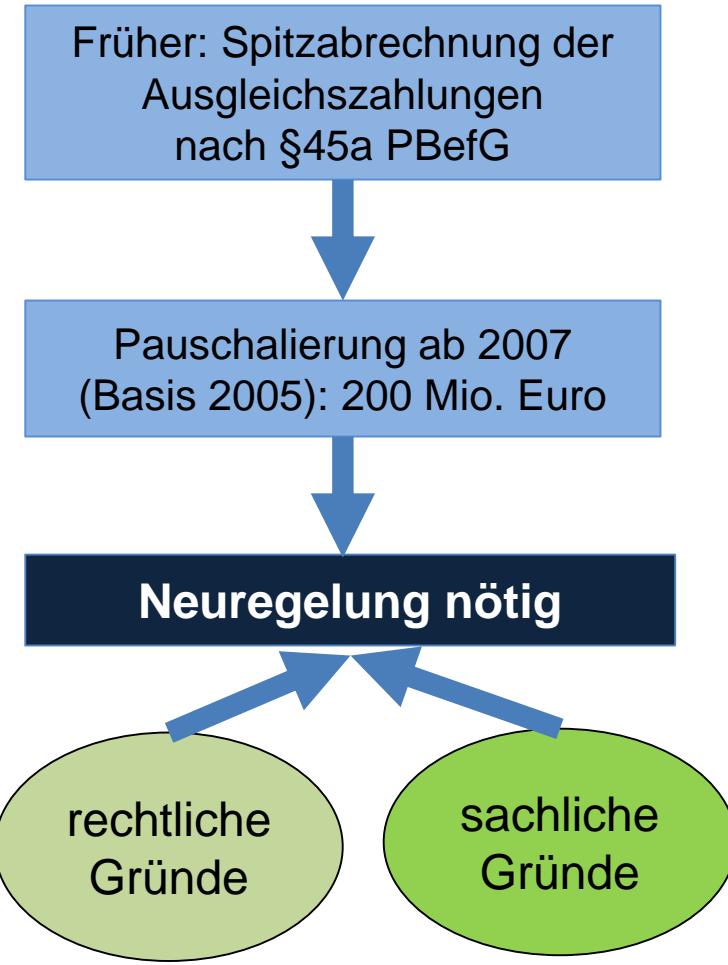
Verlässliches ÖPNV-Angebot: mindestens Stundentakt 5-24 Uhr

1. Schienenverkehr - Zielkonzept 2025:
jede Strecke, mindestens jede Stunde 5-24 Uhr
2. Förderprogramm Regiobuslinien:
Hochwertige Buslinien im gleichen Standard in alle Mittel- und Unterzonen
ohne Schienenanschluss
3. **Moderne Busverkehr/Rufbusverkehr in der Fläche
zuständig Stadt-/ Landkreise: -> ÖPNV-Finanzreform**
4. Baden-Württemberg-Tarif als tarifliche Klammer:
mit einem Fahrschein unterwegs zwischen allen Haltestellen des Landes!

Finanzausstattung des ÖPNV in der Fläche

- Busunternehmen erhalten vom Land Ausgleich für verbilligte Zeitfahrkarten im Ausbildungsverkehr
- ca. 200 Mio. EUR jährlich
- Grundlage: § 45a Personenbeförderungsgesetz
- De facto: ***die*** Basisfinanzierung für den ÖPNV im Land

ÖPNV-Finanzreform: Warum?



- Pauschalierung nicht mehr rechtskonform (verändertes EU-Beihilferecht).
- Spitzabrechnung nach §45a PbefG knüpft an Anzahl verkaufter Ausbildungszeitkarten an → rückläufige Schülerzahlen → Mittel sinken systematisch → nicht „demographiefest“.
- Durch „Einfrieren“ und Kürzungen im System (Koch-Steinbrück) liegt Mittelausgleich heute nominal unter Niveau von 2000.
- Kostensteigerungen bei den Verkehrsunternehmen von 3 % p.a., → Mittel sind daher kaum noch auskömmlich
- Finanzierung geht an Aufgabenträgern vorbei → geringe Steuerungsmöglichkeit des ÖPNV durch die Aufgabenträger.

Ziele der ÖPNV-Finanzreform

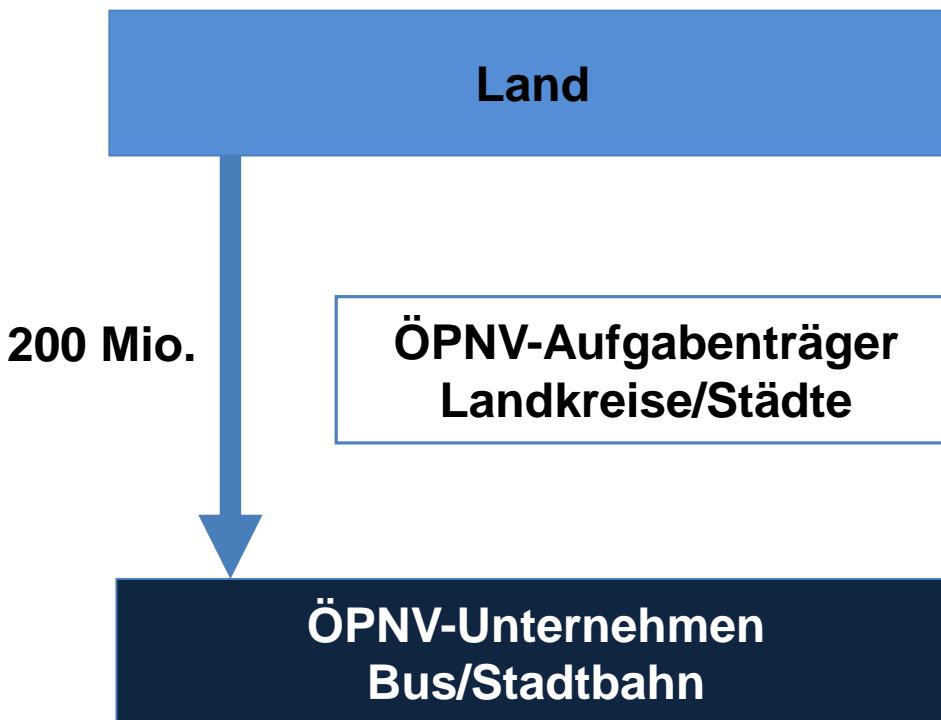
- ÖPNV-Finanzierung wieder **rechtskonform** gestalten
- Zukunftsfeste Finanzierung auch für den ländlichen Raum, unabhängig von **demografischen** Entwicklungen (Schülerzahlen)
- Mittelaufstockung für die **ÖPNV-Offensive** (KOA-Vertrag) um 50 Mio. auf 250 Mio. Euro p.a.
- Effektiverer Mitteleinsatz, **mehr Steuerungsmöglichkeiten** durch die kommunalen Aufgabenträger (Kreistage) vor Ort
- **Sachgerechter Anreizschlüssel** soll ÖPNV-Offensive stimulieren.
- **Rabattierung** von Schülerzeitkarten um mindestens 25 % wird landesweit einheitlich vorgegeben.

Meilensteine der Reform



- zwischen Ministerium für Verkehr, Städte- und Landkreistag sowie Verkehrsverbänden VDV und WBO im September 2016
- Gesetzentwurf im Ministerrat am 20. Dezember 2016: Freigabe zur Anhörung
- Gesetzentwurf im Ministerrat am 20. Juni 2017: Einbringung in den Landtag
- Parlamentarisches Verfahren
- Kommunalisierung der Mittel (ca. 200 Mio. Euro) nach derzeitiger Verteilung mit Zweckbindung für ÖPNV
Vorgabe: Allgemeine Vorschrift für den Ausbildungsverkehr: 25 Prozent Rabattierung
- neuer Verteilungsschlüssel, schrittweise Mittelaufstockung um 50 Mio. Euro jährlich

Status Quo der Ausgleichszahlungen



- Jährliche Spitzabrechnung nach PBefG bis 2006
- Pauschalierung der Ausgleichszahlungen seit 2007
- Kein dauerhaft rechtskonformer Zustand

Status Quo: Ungleiche Verteilung

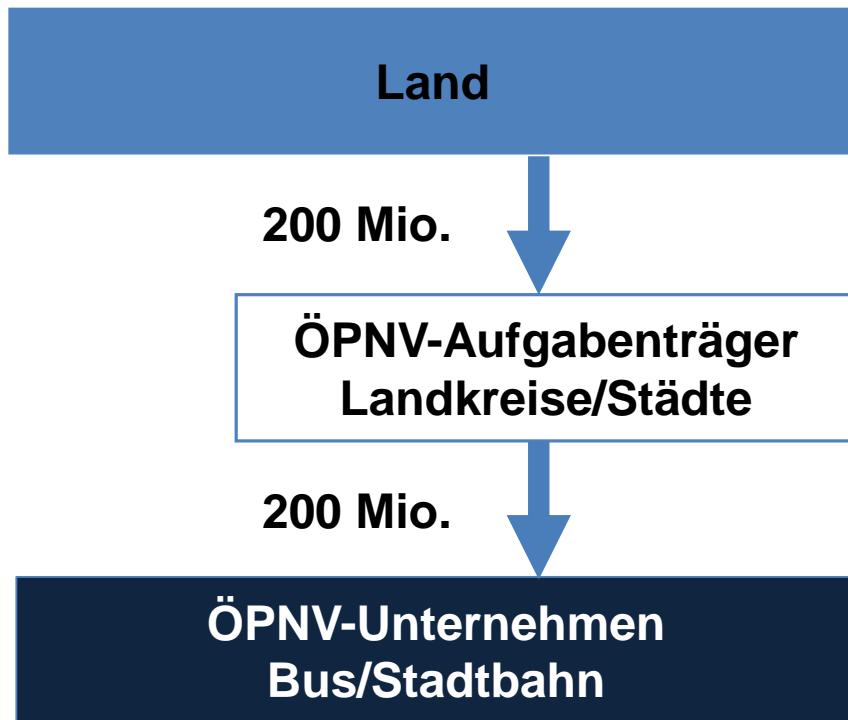
	Jährliches ÖPNV-Angebot in Mio. km	Jährlicher Ausgleich in Mio. Euro	Euro /Einwohner	€ /Schüler
Stadt A	8,5	5,0	17,05	158
Stadt B	7,5	7,7	36,55	309
Ländlicher Kreis C	5,3	3,7	17,87	157
Ländlicher Kreis D	5,7	6,4	34,18	277



Gleiches wird ungleich behandelt!

Zukunft der Ausgleichszahlungen

Stufe 1 ab 2018: Kommunalisierung 200 Mio. Euro



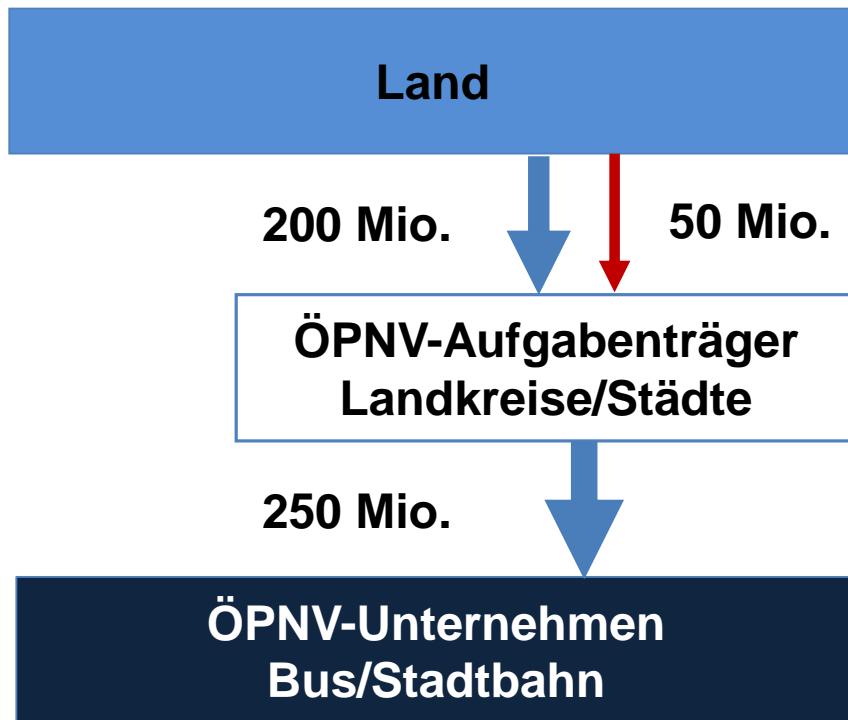
Status quo-Verteilung je Kreisgebiet

Vorgaben:

- mindestens um 25% verbilligte Ausbildungszeitkarten über Allgemeine Vorschrift
- Vollständiger Einsatz für Tarif- und Verkehrsleistungen im ÖPNV

Zukunft der Ausgleichszahlungen

Stufe 2 ab 2021: Aufstockung und neuer Verteilungsschlüssel



Aufstockung um dauerhaft 50 Mio. Euro (je 25 Mio. Euro von Land und aus FAG), in 3 Stufen (2021-2023)

Neuer Verteilungsschlüssel:
mit Struktur-, ÖPNV- und
Leistungsparameter

Vorgaben:

- mindestens um 25% verbilligte Ausbildungszeitkarten über Allgemeine Vorschrift
- Vollständiger Einsatz für Tarif- und Verkehrsleistungen im ÖPNV

Ministerium für Verkehr
Baden-Württemberg (VM)

Hauptstätter Straße 67 • 70178 Stuttgart

Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart

Telefon: 0711 231-5701
Fax: 0711 231-5819

Poststelle@vm.bwl.de

